

Suffizienz

Die politische Machbarkeit von Klimaschutzmassnahmen

Klimastrategien sollten sowohl bei der Effizienz als auch der Suffizienz ansetzen, auch wenn der Grundsatz «weniger ist mehr» politisch noch nicht so breit akzeptiert ist. Ohne generelle Anpassungen am Konsum- und Freizeitverhalten dürfte es kaum möglich sein, die vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Massnahmen mit einer solchen Stossrichtung haben es allerdings besonders schwer, die notwendigen politischen Mehrheiten zu erreichen.



Die Schweiz setzt beim Klimaschutz vor allem auf Eigenverantwortung und Effizienzsteigerungsmassnahmen. Es zeigt sich jedoch immer deutlicher, dass dies allein nicht ausreicht. Mitunter dafür verantwortlich sind sogenannte «Rebound-Effekte». Effizienzorientierte Massnahmen beispielsweise führen zwar zu einer Reduktion des Ressourcenverbrauchs und des CO₂-Ausstosses (vgl. «Nachhaltige Software-Entwicklung», S. 16). Sie können aber auch zu einer erhöhten Nachfrage führen, da betroffene Produkte und Leistungen günstiger werden oder in grösserem Umfang zur Verfügung stehen und entsprechend mehr konsumiert werden. Das kann die erzielten Einsparungen teilweise oder sogar vollständig rückgängig machen (vgl. «Nachhaltige Digitalisierung», S. 14).

Suffizienz als weiterführender Ansatz

Neben Effizienzmassnahmen bieten Ansätze der Konsistenz und der Suffizienz – ergänzend und nicht ersetzend – Möglichkeiten zu einer effektiveren Klimapolitik. Beide Ansätze sind jedoch sowohl in der Politik als auch in der öffentlichen Debatte kaum präsent. Der Konsistenz-Ansatz setzt auf der technischen Ebene an und zielt darauf ab, die Verträglichkeit von Umwelt und Technik zu verbessern – bekanntestes Beispiel ist das Konzept der Kreislaufwirtschaft (vgl. «Beschaffung als Transformationsfaktor», S. 18). Der Suffizienz-Ansatz hingegen will den Ressourcenverbrauch durch eine Veränderung der Verhaltens- und Konsummuster reduzieren, was oft als reine Verzichts- und Verbotspolitik

betrachtet wird und sich entsprechend mit weit verbreiteten politischen Widerständen konfrontiert sieht. Allerdings geht es bei Suffizienz-Massnahmen in der Regel nicht um absolute Verbote, sondern um die Frage nach dem richtigen Mass bei einer allfälligen Anpassung des Lebensstils. Dabei sollen die Massnahmen weniger ein Verhalten direkt und vollständig verbieten, als vielmehr die Rahmenbedingungen so verändern, dass ein umweltschonender Lebensstil für viele attraktiver wird. Ein konkretes Beispiel wäre, Anreize so zu setzen, dass man eher einmal für drei Wochen in die Ferien fliegt anstatt drei Mal für jeweils eine Woche.

Fehlende Akzeptanz für Suffizienzmassnahmen

Das Institut Public Sector Transformation der BFH hat im Forschungsprojekt «Sufficiency 23» untersucht, wie gross die politische Akzeptanz von Suffizienzmassnahmen ist. Im Zentrum stand ein gemeinschaftlich entwickelter Katalog von insgesamt 43 Massnahmenvorschlägen. Die Vorschläge stammten aus Interviews mit Fachpersonen, zwei partizipativen Anlässen mit der Bevölkerung sowie aus der Literatur. Der Massnahmenkatalog wurde mit einer repräsentativen Befragung von 4000 Teilnehmenden geprüft. Die Resultate zeigen ein durchgezogenes Bild. Mehr als 30 Prozent der Befragten geben zwar an, «Suffizienz» zu kennen, doch nur eine Minderheit von ihnen konnte aus drei Optionen die richtige Begriffsdefinition auswählen. Dies zeigt, dass der Begriff und das Konzept in der Bevölkerung nicht sehr bekannt sind. In Bezug auf die aktuelle klimatische

Situation wird der Klimawandel einerseits von einer überwiegenden Mehrheit (85 bis 89 Prozent) als «menschengemachtes Problem» gesehen. Nur 4 bis 7 Prozent verneinten diese Aussage. Zudem sind fast 90 Prozent der Befragten der Meinung, dass es vor allem auf die Wirtschaft («Umstellung auf nachhaltigere Produktionsmethoden») und auf die Bevölkerung ankommt – also auf sie selbst («Anpassung des Konsumverhaltens»). Allerdings schlägt sich diese Einschätzung kaum in der Akzeptanz konkreter Massnahmen nieder. Hohe Unterstützungswerte erzielen vor allem Sensibilisierungs- bzw. Informationsmassnahmen. Oft abgelehnt werden hingegen Massnahmen, die im Alltag der Befragten spürbar wären – etwa die Reduktion von Parkplätzen in Städten, ein Verbot von Kurzstreckenflügen oder die Einführung eines Mobility Pricing.

Unsere Empfehlungen



1. Verständnis erhöhen

Suffizienz und das Konzept von «weniger ist mehr» verständlich vermitteln.

2. Rebound-Effekte vorbeugen

Massnahmen einplanen, damit eingesparte Ressourcen nicht direkt wieder investiert werden.

3. Suffizienz fördern

Umsetzbare Massnahmen zur Verringerung des Konsums im privaten und öffentlichen Sektor identifizieren, z. B. beim verwaltungsinternen Umgang mit Ressourcen.

Mehr Informationen



Kontaktmöglichkeiten und weitere Informationen zu Suffizienz im öffentlichen Sektor:
bfh.ch/ipst/suffizienz

Kontakt



Dr. Annique Lombard

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

annique.lombard@bfh.ch

T +41 31 848 52 51



Jan Fivaz

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

jan.fivaz@bfh.ch

T +41 79 665 38 57